

Sozialmanagement

Runder Tisch zum Studentischen Wohnen: Wohnungswirtschaft engagiert sich für bezahlbaren Wohnraum

Angesichts des steigenden Wohnraumbedarfs in den Hochschulstädten hat Bundesbauminister Peter Ramsauer Vertreter der Länder, der Kommunen, der Wohnungswirtschaft sowie des Studentenwerkes zu einem „Runden Tisch“ in die Hauptstadt eingeladen. Der GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen nahm dabei für die Wohnungswirtschaft teil. „Gerade jetzt wächst nach der Aussetzung der Wehrpflicht und den ersten doppelten Abiturjahrgängen natürlich die Zahl der Studenten – und die brauchen bezahlbaren Wohnraum“, erklärte GdW-Präsident Axel Gedaschko. Dabei lebt nur jeder zehnte Student in einem Wohnheim. Der Rest wohnt entweder bei den Eltern oder in einer Mietwohnung.



Hier macht sogar das Büffeln Spaß: Studentenwohnung am Friedensplatz. Hier hat die bauverein AG eine WG mit 4 + 2 Wohnplätzen geschaffen, die demnächst bezugsfertig ist.

sondern auch für andere sozial schwächer gestellte Menschen“, so der GdW-Chef. „Allerdings müssen die Länder, die die Verantwortung für den sozialen Wohnungsbau tragen, diese Mittel auch zweckgebunden einsetzen sowie auch in ausreichendem Umfang eigene Mittel zur Verfügung stellen.“ Auch sei es dringend notwendig, genehmigungsrechtliche Hürden zu beseitigen, wenn es darum gehe, Wohnraum für Studenten bereit zu stellen. Es gebe beispielsweise Fälle, in denen die Stadt oder Kommune beim Bau eines Studentenwohnheims einen eigenen Autostellplatz pro Wohneinheit einfordert. Das sei nicht umzusetzen.

Die Wohnungswirtschaft im GdW engagiert sich schon seit Jahren vielfältig dafür, auch Studenten angemessenen Wohnraum zu bieten. So gibt es bundesweit zahlreiche Kooperationen von Wohnungsunternehmen mit den örtlichen Studentenwerken. Auch unabhängig davon sind die Unternehmen in diesem Bereich aktiv. Die Bauverein AG Darmstadt hat beispielsweise für das Wintersemester 2012/2013 zusätzliche Wohnplätze für Studenten zur Verfügung gestellt und dafür unter anderem Bestandswohnungen zu Wohngemeinschaften umgebaut. Auch die degewo in Berlin hatte zum Wintersemester 2012/2013 erneut ihr Programm „Zwei Semester wohnen - eins zahlen“, aufgelegt, um Studenten und Azubis günstige und attraktive Wohnungen zu vermitteln. Die Studierenden und Auszubildenden zahlen dort lediglich die halbe Warmmiete und können somit viel Geld sparen.

An den Hochschulstandorten müsse zunächst geprüft werden, inwiefern der Neubau von Wohnungen notwendig sei. In vielen Fällen könnten auch vorhandene Bestandswohnungen, die leer stehen, beispielsweise zu Wohngemeinschaften umgebaut werden. Hier seien auch neue und kreative Lösungen gefragt. Studenten kämen beispielsweise auch als Zwischennutzer für Wohnbauprojekte in Frage, die später – wenn es wieder weniger Studienanfänger gibt – zum Beispiel für altersgerechtes Wohnen oder als Sozialwohnung genutzt werden könnten.

In anderen Fällen sei durch Neubau Abhilfe nötig. Der GdW-Chef appellierte daher an die Regierung, die soziale Wohnraumförderung auch nach 2013 in mindestens gleicher Höhe von 518 Mio. Euro pro Jahr fortzusetzen. „Bezahlbarer Wohnraum wird in Ballungsregionen zunehmend knapp. Das ist nicht nur ein Problem für die Studenten,

neue und kreative Lösungen sind gefragt